



Ausschuss für Wissenschaft und Forschung

48. Sitzung (öffentlich)

24. Juni 2004

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:30 Uhr

Vorsitz: Joachim Schultz-Tornau (FDP)

Stenografin: Eva-Maria Bartylla

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Gesetz zur Änderung des Studentenwerkgesetzes (StWG)

1

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/4998

Ausschussprotokoll 13/1200

Zuschriften 13/3828, 13/3854, 13/3855, 13/3856, 13/3860, 13/3869 und
13/3879

In Verbindung damit:

Studentenwerkgesetz überarbeiten und klarer fassen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/4690

Die drei Tischvorlagen mit den Änderungsanträgen der Fraktionen sowie die Abstimmungsergebnisse zu den einzelnen Änderungsanträgen sind im Ausschussbericht Drucksache 13/5615 wiedergegeben.

In der Gesamtabstimmung wird der Gesetzentwurf in der aufgrund der angenommenen Änderungsanträge geänderten Fassung mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP angenommen.

Der Antrag der CDU wird für erledigt erklärt.

2 Gesetz zur Weiterentwicklung der Hochschulreform

4

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/5504

In Verbindung damit:

Kunsthochschulgesetz darf nicht im Hochschulgesetz untergehen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/5552

Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer Anhörung.

3 Leistungsorientierte Forschungsförderung in NRW erhalten - Streichung der Mittel für TG 73 bedeutet Rückschlag für Forschung und Innovationen in NRW

4

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/4407

Ausschussprotokoll 13/1157

Zuschriften 13/3761, 13/3767, 13/3776, 13/3779, 13/3783 und 13/3790

Der Ausschuss lehnt den Antrag der CDU mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP ab.

4 Kein NC für Lehramtsstudiengänge

6

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/4428

Der Ausschuss lehnt den Antrag der CDU mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP ab.

- 5 Juristische Fakultäten in Nordrhein-Westfalen brauchen nach Aufgabenneuweisung Personal der Justizprüfungsämter** 11
- Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/3950
Ausschussprotokoll 13/1135
- Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gegen die Stimmen der CDU ab.
- 6 Stopp der Vernachlässigung: Erhalt der Schriftkultur Nordrhein-Westfalens** 12
- Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/2493
- Abgabe eines Votums an den federführenden Kulturausschuss
- Die CDU-Fraktion erklärt den Antrag für erledigt.
- 7 Erwirtschaftung der Globalen Minderausgaben im Einzelplan 06** 12
- MD Mattonet (MWF) nimmt Stellung.
- 8 Zukunft des Studiengangs Hauswirtschaftslehre an der Universität Münster** 14
- MD Kleffner (MWF) berichtet.
- 9 Zukunft der Lehrerausbildung im Fach Musik, vgl. Zuschrift 13/3963 von Professor Pütz von der Universität Duisburg-Essen** 14
- MD Kleffner (MWF) berichtet.

Ausschuss für Wissenschaft und Forschung
48. Sitzung (öffentlich)

24.06.2004
bar-be

tenwerke in ihrem eigenen Aufgabengebiet infrage. Das finde sie angesichts der Diskussionen mit den Studentenwerken schon ein wenig bedenklich.

Zum Antrag Nr. 2 von CDU und FDP in Tischvorlage 3 führt **Dr. Friedrich Wilke (FDP)** aus, das halte er für den Kernpunkt der Reform und aufgrund der Ergebnisse der Anhörung für richtig, nämlich dass der Geschäftsführer nicht mehr im Finanzministerium unter der sicherlich manchmal wohlwollenden Obhut angesiedelt sei, sondern dort, wo er hingehöre, nämlich beim Verwaltungsrat. Der Verwaltungsrat müsse das regeln können in dieser Zuständigkeit. Wenn er das richtig in Erinnerung habe, sei das auch die generelle Tendenz in der Anhörung gewesen.

Die Gegenargumente seien geprägt von dem unnötigen Misstrauen, dass die Studentenwerke den Geschäftsführer plötzlich übermäßig bedienten. Das sei ein grundsätzliches Misstrauen der Ministerialbürokratie gegenüber selbstständig handelnden Geschäftsführern. Zur Stärkung der wirtschaftlichen Betätigung gehöre zwangsläufig, dass die Geschäftsführer nicht mehr mit dem Finanzministerium über Lohn, Gehalt oder Anerkennung verhandeln müssten, sondern das dem Verwaltungsrat überlassen bleibe.

2 **Gesetz zur Weiterentwicklung der Hochschulreform**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/5504

In Verbindung damit:

Kunsthochschulgesetz darf nicht im Hochschulgesetz untergehen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/5552

- siehe Beschlusstil dieses Protokolls -

3 **Leistungsorientierte Forschungsförderung in NRW erhalten - Streichung der Mittel für TG 73 bedeutet Rückschlag für Forschung und Innovationen in NRW**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/4407

Ausschussprotokoll 13/1157

Zuschriften 13/3761, 13/3767, 13/3776, 13/3779, 13/3783 und 13/3790